

Uwe Kischel

Folgen von Begründungsfehlern

Verwaltungsprozeß, Zivilprozeß,
Verwaltungsverfahren



Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

A. Fehlende, unvollständige oder materiell unzureichende Begründung	1
I. Terminologische Unterschiede	1
II. Pflicht zu materiell richtiger Begründung?	3
1. Der materiellrechtliche Ansatz	4
a. Funktionen und Grundlagen der Begründung	4
b. § 113 Abs. 3 VwGO	6
c. Amtshaftung	7
d. Beschränkte Konsequenzen	7
2. Fehlende Pflicht zu materiell richtiger Begründung.....	8
a. Enge Begrenzungen des Problems	8
(1) Grundsatz: Materiell fehlerhafte Begründung folgt aus materiell fehlerhafter Entscheidung.....	8
(2) Problem: Im Ergebnis richtige, in der Begründung fehlerhafte Verwaltungsakte	10
b. Einfachrechtliche Aspekte	11
c. § 113 Abs. 3 VwGO	12
(1) Rechtswidrigkeit als Voraussetzung?.....	12
(2) Vorläufiges Rechtswidrigkeitsurteil auf beschränkter Erkenntnisgrundlage	13
(3) Keine verfassungsrechtlichen Bedenken	15
d. Amtshaftung	17
e. Funktionen und verfassungsrechtliche Grundlagen der Begründungspflicht	19
(1) Fortbestehende Bedeutung von Kontroll- und Akzeptanzfunktionen	19
(2) Unvereinbarkeit von materieller und formeller Begründungspflicht	22
(3) Problemschwerpunkt: Berücksichtigungsfähigkeit neuer Gründe	24
(4) Umfassende gerichtliche Prüfungskompetenz	25
(5) Keine rechtliche Irreführung des Bürgers	27
(6) Pflichtverstoß und Rechtswidrigkeit des Verwaltungsakts ..	28
(7) Unmöglichkeit materiellrechtlich richtiger Begründung	33
f. Zwischenergebnis	34

III. Überschneidungen zwischen formellen und materiellen Begründungsfehlern	36
---	----

B. Unbeachtlichkeit von Begründungsfehlern bei gerichtlichen Entscheidungen?	37
--	----

I. Stand des Prozeßrechts: absoluter Revisionsgrund	37
---	----

1. Auf den ersten Blick: klare Beachtlichkeit	37
a. absoluter Revisionsgrund	37
b. Ausschluß der Kausalitätsprüfung	38
c. Ausschluß der Ergebnisprüfung	39
(1) Unterschied zwischen Kausalitäts- und Ergebnisprüfung ...	40
(2) Schluß auf die Ergebnisprüfung	41
2. Auf den zweiten Blick: Fälle möglicher Unbeachtlichkeit ...	42
a. Unbeachtlichkeit bei gegenständig beschränkten Fehlern	42
b. Unbeachtlichkeit durch eigene Sachentscheidung des Revisionsgerichts?	43
c. Unbeachtlichkeit wegen abweichender Konzeption: Berufung ..	46
3. Zusammenfassung	49

II. Grundsätzliche Beachtlichkeit von Begründungsmängeln: Prozeß- und verfassungsrechtlicher Hintergrund	49
--	----

1. Grundlagen des Ausschlusses der Beruhensprüfung	50
a. Begründungsfehler als nachträgliche Verfahrensfehler	50
b. Kein Unterschied zur Berufung	52
2. Grundlagen des Ausschlusses von Ergebnisprüfung und Selbstentscheidung in der Revision	52
a. Ergebnisprüfung als Sonderfall der Selbstentscheidung	52
b. Einheitlicher Hintergrund des Ausschlusses	54
(1) Fehlende Tatsachengrundlage	54
(2) Notwendigkeit weiterer Ausschlußgründe	56
(3) Fehlerwirkung unabhängig vom materiellen Ergebnis	56
(4) Kein dolo agit Problem	58

III. Selbstentscheidung in der Berufung? – Sonderfall Begründungsfehler	58
---	----

1. Grundproblem: Abweichende Natur der Berufung	59
2. Selbstentscheidung aus prozeßrechtlicher Sicht	60
a. Annäherung von Berufung und Revision bei wesentlichen Verfahrensfehlern	60
b. Übertragbarkeit der prozeßrechtlichen Wertungen	61

c. Zusätzliche gesetzliche Voraussetzungen der Zurückverweisung	63
d. Anerkannte Fortschreibung der Beruhensfiktion in Berufung wie Revision	65
3. Selbstentscheidung aus Sicht der verfassungsrechtlichen Begründungspflicht	67
a. Rechtsstaatliche Kontrollierbarkeit trotz reformatorischer Struktur	67
b. Effektive Rechtsschutzentscheidung des Bürgers	68
c. Erfüllung der rechtsstaatlich-demokratischen Anforderungen durch die Vorinstanz	69
d. Sanktionsnorm und Sanktionsspielraum	69
4. Nochmals: Natur der Berufung und Besonderheit von Begründungsfehlern	70
5. Zwischenergebnis	72
IV. Gegenständlich beschränkte Begründungsfehler	72
1. Keine Begründungspflicht mangels Erheblichkeit	73
2. Anderer Lösungsweg des Rechtsmittelgerichts	74
3. Keine Ausfüllung der vorinstanzlichen Entscheidungs- begründung	76
V. Zwischenergebnis	78
C. Unbeachtlichkeit von Begründungsfehlern bei Verwaltungsakten?	80
I. Folgenregelung für Verfahrensfehler, § 46 VwVfG	80
1. Bedenken schon bei gebundenen Verwaltungsakten	81
2. Dolo agit Grundsatz	82
3. Kausalitätsprobleme	84
4. Entlastung	85
5. Dienende Rolle des Verfahrens	85
6. Ausweitung auf Ermessensverwaltungsakte	86
II. Unbeachtlichkeit von Begründungsmängeln	87
1. Abweichende Natur der Anfechtungsklage	87
2. Parallelen zur prozeßrechtlichen Problematik	90
a. Verbleibende Ähnlichkeiten zwischen Anfechtung und Rechtsmitteln	90
b. Überschneidung von § 46 VwVfG und §§ 144 Abs. 4 VwGO, 561 ZPO	92
c. Kausalität als Einflußmöglichkeit aus Behördensicht	94

d. Ergebnisrichtigkeit unabhängig von Kausalitätsfragen und aus gerichtlicher Sicht	95
e. Übertragbarkeit der prozeßrechtlichen Wertungen für absolute Revisionsgründe	97
3. Begründungsmangel als absoluter Verfahrensfehler	98
a. Existenz absoluter Verfahrensfehler	98
b. Besonderes Gewicht des Begründungsmangels	99
c. Nichteingreifen der ratio des § 46 VwVfG	102
(1) Begründung als nur dienende Pflicht?	102
(2) Kein dolo agit Verstoß	103
(3) Kausalitätsprobleme	104
III. Vorüberlegung: Zur Struktur der verfassungsrechtlichen Beurteilung des § 46 VwVfG	105
1. Konsequent anspruchszentrierter Ansatz	105
a. Aufhebungsanspruch als Bindeglied zum Prozeßrecht	105
b. Ausschluß des Konflikts mit Art. 19 Abs. 4 GG	106
c. Ausschluß des Konflikts mit der verletzten Verfahrensvorschrift	108
d. Möglicher Konflikt mit den Grundrechten	108
e. Zusammenfassung	110
2. Schwächen des anspruchszentrierten Ansatzes	110
a. Fehlender Widerhall	110
b. Begründungspflicht, dolo agit Grundsatz und grund- rechtlicher Beseitigungsanspruch	113
c. Aufhebungsanspruch als Aspekt des effektiven Rechtsschutzes	114
(1) Subjektives Recht in Verpflichtungs- und Abwehrsituation	114
(2) Unerheblichkeit der Herleitung des Aufhebungsanspruchs	117
(3) Rechtsschutzgarantie und Umfang gerichtlicher Entscheidungsbefugnisse	117
d. Bedeutung der verletzten Verfahrensvorschrift für den Aufhebungsanspruch	119
(1) Sanktionsfolge als Funktion der verletzten Vorschrift	120
(2) Verletzte Verfahrensvorschrift und Voraussetzungen des Aufhebungsanspruchs	121
(3) Verletzte Verfahrensvorschrift als mögliche Grundlage des Aufhebungsanspruchs	123
e. Zwischenergebnis	126
IV. Verfassungsrechtlich gebotene Beachtlichkeit von Begründungsmängeln	127
1. Generell fehlende Auswirkungen eines Verfassungs- verstoßes	127
2. Rechtsstaatlich-demokratische Anforderungen und Signalwirkung	130

3. Ausschluß effektiven Rechtsschutzes.....	131
4. Ausreichende Sanktionierung durch Fortsetzungsfeststellungsklage?	133
a. Möglichkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	133
b. Feststellung als Grundlage von Schadensersatzansprüchen	133
c. Feststellung als effektiver Rechtsschutz?	136
d. Generelle Rechtsschutzprobleme speziell bei Begründungsfehlern.	137
e. Präjudizierende Wirkung des Aufhebungsausschlusses?	138
f. Folgen der Fortsetzungsfeststellungsklage	139
5. Sanktionsspielraum	141
V. Einschränkung für gegenständlich beschränkte Fehler	143
VI. Zusammenfassung	145
D. Nachholungsversuche	148
I. Nachholung und Begründungsrechtzeitigkeit	148
II. Nachträgliche Begründung bei Gerichtsentscheidungen	149
1. Absolute Grenze: 5 Monate	149
2. Nachbesserung bei Versäumung der kurzen Frist?	150
a. Rechtliche und praktische Einordnung der Frage	150
b. Prozeßrechtlicher Ausschluß der Nachbesserung.	151
c. Weite verfassungsrechtliche Grenze	153
III. Heilung durch Nachholen der Begründung beim Verwaltungsakt?	155
1. Herkömmliche Kritik an § 45 VwVfG	155
a. Parallele zur Diskussion um § 46 VwVfG	155
b. Wirksamkeit nachgeholter Verfahrenshandlungen	156
c. Anforderungen an die Heilung	157
d. Wirkung der Heilung	158
2. Heilungsproblematik bei Begründungsfehlern	160
a. Exkurs: Heilung ex nunc oder ex tunc?	160
b. Nachholung einer ohnehin nachträglichen Verfahrenspflicht ..	163
c. Wiedergabe der tatsächlich maßgebenden Gründe als absolute Grenze	168
d. Heilung und effektiver Rechtsschutz	171
(1) Effektive Überprüfung durch das Gericht	172
(2) Effektive Rechtsschutzentscheidung des Bürgers und § 45 Abs. 3 VwVfG	172
(3) Effektive Rechtsschutzentscheidung des Bürgers und Kostenfolgen	174

e. Heilung und Unbeachtlichkeit	174
f. Heilung und Widerspruchsverfahren	176
(1) Heilung durch die Ausgangsbehörde	176
(2) Heilung durch die Widerspruchsbehörde	177
g. Zwischenergebnis	179
3. Exkurs: Materielles Nachschieben von Gründen	
beim Verwaltungsakt	180
a. Nachschieben von Gründen und Begründungsfehlerlehre	180
b. Zeitlicher Bezugspunkt der nachgeschobenen Gründe	182
(1) Nachschieben von ex ante Gründen	182
(2) Nachschieben von ex post Gründen	183
(3) Einordnung in die herkömmliche Problemsicht	184
c. Nachschieben bei gebundenen Entscheidungen:	
Ein Scheinproblem	186
(1) Unbeschränkte Rechtmäßigkeitsprüfung	186
(2) Wesensveränderung und Rechtmäßigkeitsprüfung	189
(3) Nachschieben als Heilung?	191
d. Nachschieben im Rahmen der Ermessensausübung	192
(1) Darlegung bereits ursprünglich fehlerfreier	
Ermessensausübung durch ex ante Gründe	192
(2) Zusammenspiel von Nachschieben und Nachholung	
bei ex ante Gründen	195
(3) Neuerlaß durch ex post Gründe	196
(4) Rein prozessuale Bedeutung des § 114 S. 2 VwGO	198
e. Zusammenfassung	201
Zusammenfassung	203
Literaturverzeichnis	211
Sachregister	219